



057047/EU XXIV.GP
Eingelangt am 20/07/11

**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 23. März 2011 (29.03)
(OR. en)**

**14772/10
ADD 1**

**PV/CONS 49
JAI 828**

ADDENDUM zum ENTWURF EINES PROTOKOLLS

**Betr.: 3034. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom
7./8. Oktober 2010 in Luxemburg**

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

Liste der A-PUNKTE (Dok. 14356/10 PTS A 76)

- Punkt 1 Initiative des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, des Königreichs Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, der Republik Ungarn, der Republik Österreich, der Portugiesischen Republik, Rumäniens, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Rechte auf Dolmetschleistungen und auf Übersetzungen in Strafverfahren..... 4
- Punkt 2 Verordnung des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer (Neufassung)..... 4

TAGESORDNUNG (Dok. 14354/10 OJ/CONS 48 JAI 793 COMIX 624)

- Punkt 3 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung..... 5
- Punkt 4 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Ausübung einer saisonalen Beschäftigung..... 5
- Punkt 5 Gemeinsames europäisches Asylsystem (GEAS)..... 6
- Punkt 6 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI..... 6
- Punkt 7 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Recht auf Belehrung in Strafverfahren 6

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

Punkt 8 Initiative des Königreichs Belgien, der Republik Bulgarien, des Königreichs Spanien, der Republik Estland, der Französischen Republik, der Republik Ungarn, der Italienischen Republik, der Republik Polen, der Portugiesischen Republik, Rumäniens, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden betreffend die Europäische Schutzanordnung6

Punkt 9 Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Begründung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts.....6

o
o o

A-PUNKTE

Initiative des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, des Königreichs Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, der Republik Ungarn, der Republik Österreich, der Portugiesischen Republik, Rumäniens, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Rechte auf Dolmetschleistungen und auf Übersetzungen in Strafverfahren
PE-CONS 27/10 DROIPEN 68 COPEN 143 CODEC 604

Der Rat billigte die Abänderung, die das Europäische Parlament in seinem Standpunkt in erster Lesung vorgenommen hatte, und erließ den vorgeschlagenen Rechtsakt in der so abgeänderten Fassung gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. (Rechtsgrundlage: Artikel 82 Absatz 2 AEUV)

Erklärung des Rates

"Der Rat weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten diese Richtlinie gemäß Artikel 7 Absatz 1 innerhalb einer Frist von 36 Monaten nach Veröffentlichung der Richtlinie im Amtsblatt in ihr innerstaatliches Recht umsetzen müssen. Der Rat legt den Mitgliedstaaten nahe, die Richtlinie so rasch wie möglich – vor Ablauf dieser Frist – umzusetzen. Der Rat bestätigt, dass die Frist von 36 Monaten für die Umsetzung dieser Richtlinie keinen Präzedenzfall für die Umsetzungsfrist darstellt, die im Hinblick auf die anderen Maßnahmen zu vereinbaren ist, die auf der Grundlage des "Fahrplans zur Stärkung der Verfahrensrechte von Verdächtigen oder Beschuldigten in Strafverfahren"¹ anzunehmen sind."

Verordnung des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer (Neufassung)

12193/10 FISC 72
+ COR 1 (pl)
+ COR 2 (de)
+ COR 3 (fr)
+ REV 1 (es)
+ REV 2 (nl)

Der Rat nahm die oben genannte Verordnung (Rechtsgrundlage: Artikel 113 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) an.

¹ ABl. C 295 vom 4.12.2009, S. 1.

Erklärungen des Rates und der Kommission

I. Zu Kapitel VIII

"Der Rat erklärt, dass die Bestimmungen dieses Kapitels auch für die 'multilateralen Kontrollen' im Sinne des Artikels 2 der Entscheidung 1482/2007/EG (Fiscalis 2013) vom 11. Dezember 2007 gelten."

II. Zu Kapitel X

"Die Kommission sagt zu, dafür zu sorgen, dass die erste Sitzung der Gruppe 'Eurofisc' binnen kurzem einberufen wird.

Die Kommission wird ferner Eurofisc in technischer und logistischer Hinsicht unterstützen und dazu insbesondere

- technische Unterstützung leisten, um den Informationsfluss über schnelle und sichere elektronische Wege (CCN/CSI-Netz oder andere künftige Computernetze) zu gewährleisten;
- die Sitzungen der Eurofisc-Arbeitsbereiche auf Ersuchen der Eurofisc-Arbeitsbereichskoordinatoren sowie die Sitzungen der Gruppe 'Eurofisc' einberufen."

"Der Rat erklärt, dass Eurofisc die Erfahrungen und Erkenntnisse nutzen wird, die von EUROCANET und AUTOCANET – von den belgischen Steuerbehörden entwickelte Netze für die multilaterale Zusammenarbeit – stammen."

TAGESORDNUNGSPUNKTE

3. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung

- Vorstellung durch die Kommission
12211/10 MIGR 67 SOC 462 DRS 27 CODEC 691
+ ADD 1
+ ADD 2

Die Kommission stellte den Vorschlag vor und der Rat führte einen ersten Gedankenaustausch.

4. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Ausübung einer saisonalen Beschäftigung

- Vorstellung durch die Kommission
12208/10 MIGR 66 SOC 461 CODEC 689
+ ADD 1
+ ADD 2

Die Kommission stellte den Vorschlag vor und der Rat führte einen ersten Gedankenaustausch.

5. Gemeinsames europäisches Asylsystem (GEAS)

- Sachstand
13703/10 ASILE 64 CODEC 844

Der Vorsitz berichtete über die Fortschritte im Hinblick auf die Errichtung des GEAS, wobei er sich insbesondere auf die zur Beratung anstehenden Gesetzgebungsvorschläge bezog, und die Ministerinnen und Minister führten einen Gedankenaustausch.

6. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI

- Orientierungsaussprache
14279/10 DROIPEN 106 JAI 787 CODEC 932

Der Rat legte eine partielle allgemeine Ausrichtung fest. Einige wenige Delegationen haben noch Vorbehalte. Diese werden künftigen Beratungen nicht im Wege stehen.

7. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Recht auf Information in Strafverfahren

- Vorstellung durch die Kommission
12564/10 DROIPEN 83 COPEN 162 CODEC 727
+ ADD 1
+ ADD 2

Die Kommission stellte ihren Vorschlag für eine Richtlinie über das Recht auf Information in Strafverfahren vor. Der Rat nahm die Vorstellung zur Kenntnis.

8. Initiative des Königreichs Belgien, der Republik Bulgarien, des Königreichs Spanien, der Republik Estland, der Französischen Republik, der Republik Ungarn, der Italienischen Republik, der Republik Polen, der Portugiesischen Republik, Rumäniens, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden betreffend die Europäische Schutzanordnung

- Informationen des Vorsitzes

Der Vorsitz unterrichtete den Rat über den Stand des Verfahrens in Bezug auf die obengenannte Richtlinie.

9. Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts

- Sachstand

Der Rat nahm den mündlichen Bericht des Vorsitzes über den Sachstand zur Kenntnis.

=====